

für Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hameln e. V.
Redaktion: Hans – Georg Spangenberg

1. Juden und Christen – in den deutschsprachigen und anderen europäischen Ländern

- **Anlässlich des Angriffs auf einen jüdischen Studenten an der Freien Universität Berlin schreibt Felix Huesmann im „Kölner Stadtanzeiger“:** „(...) Nicht jeder Protest gegen das Handeln des israelischen Staats ist antisemitisch. Die amtierende israelische Regierung bietet Demokraten und Menschenrechtsverteidigern am laufenden Band Anlass zur Kritik. Doch es gibt eine Grenze, die nicht nur an der Berliner Universität immer wieder überschritten wird: Wenn Israels Existenzrecht geleugnet, die Auslöschung des israelischen Staates gefordert und der islamistische und antisemitische Terror der Hamas verharmlost, gerechtfertigt oder gar glorifiziert werden. Schon vor der jüngsten Attacke, durch die der Angegriffene schwer verletzt wurde, hatten jüdische Studierende an der FU Angst, am Campus erkennbar zu sein, offen einen Davidstern zu tragen oder israelfeindlichen, antisemitischen Parolen zu widersprechen. Das ist nicht hinnehmbar. (...) Wenn Prävention offensichtlich nicht mehr ausreicht, braucht es auch Repression. Deshalb ist es wichtig, dass Hochschulleitungen und Politik nun ausloten, wie Studierende besser vor Gewalttätern geschützt werden können.“ (kna HG 15.02.2024)
- **Israels Krieg gegen die Hamas kommentiert Matthias Drobinski in „Publik Forum“:** „(...) Den furchtbaren Preis für diesen asymmetrischen Krieg zahlen die Menschen im Gazastreifen. Mehr als 27.000 sind tot, die Lebenden wissen nicht mehr, wohin sie fliehen sollen, Augenzeugen sprechen von der Hölle auf Erden. Das liegt an der Hamas, die Zivilisten als Schutzschilde missbraucht und Schulen als Waffenlager. Das liegt aber auch an der israelischen Armee, die ungenau abgeworfene Bomben abwirft, die ganze Familien auslöschen, die immer wieder mit unverhältnismäßiger, gnadenloser Härte vorgeht. Zu Recht fordern US-Präsident Joe Biden wie der Internationale Gerichtshof in Den Haag, dass Israel das humanitäre Völkerrecht achtet. Äußerungen der rechtsextremen Koalitionspartner Netanjahus lassen jedoch befürchten, dass deren Ziel die kollektive Bestrafung der Bevölkerung des Gazastreifens ist, genozidale Fantasien eingeschlossen. Es ist richtig, dass Deutschland solidarisch ist mit Israel gegen die judenmordende Hamas. Eine bedingungs- und fraglose Solidarität aber ist gefährlich. Wenn die Regierung von Benjamin Netanjahu das Recht der Palästinenserinnen und Palästinenser auf Staat und Existenz verneint, muss diese Solidarität Grenzen haben.“ (kna HG 15.02.2024)
- **Die Staaten des früheren Jugoslawien stellen sich ihrer Vergangenheit, unterstützen ein gemeinsames Projekt in der Gedenkstätte des KZ Auschwitz. Im eigenen Land ist kritisches Gedenken aber nicht überall willkommen.** (Von Markus Schönherr)
Droh-E-Mails gehören für ihn zum Alltag. Auf rechtsradikalen Websites sei er als „Verräter der Nation“ gebrandmarkt und einer seiner Kollegen habe bereits Pistolenkugeln mit der Post erhalten. Nichts, womit man nicht klarkommen würde, meint Lovro Kralj, Direktor des neu eröffneten Zentrums für Holocaust- und Genozidforschung in Südosteuropa an der Universität von Rijeka. Als Historiker in Kroatien weiß er: „Die Geschichte ist ein immer noch stark politisiertes Feld.“ Ende Januar verkündete die UN Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) ein neues Restaurierungsprojekt in der Gedenkstätte Auschwitz. Gemeinsam werden die sechs Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien Block 17 des früheren KZ renovieren – jenen Trakt, durch den das Nazi-Regime fast alle der 20.000 Deportierten aus der Region geschleust hatte.

„Es zeugt von unserer gemeinsamen Hingabe, aus der Vergangenheit zu lernen und die historischen Wunden zu heilen“, so UNESCO Generaldirektorin Audrey Azoulay. Tatsächlich gleicht der gemeinsame Vorstoß von Kroatien, Slowenien, Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und Nordmazedonien einer kleinen Revolution. 14 Jahre lang hatten ihre Diplomaten verhandelt, wie man in Auschwitz der südosteuropäischen NS-Opfer gedenken könne. Gründe für die historische Durststrecke gibt es viele. Sie reichen zurück bis in die Tage des kommunistischen Diktators Josip Broz Tito. Nach dem zweiten Weltkrieg verwandelte der

Ex-Partisanenführer Jugoslawien in einen Vielvölkerstaat – und machte die Jugoslawen dabei zum kollektiven Opfer des Nazi-Regimes. „Die Judenverfolgung als einzelnes Kriegsverbrechen hatte in der jugoslawischen Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur keine große Rolle gespielt“, erzählt Geschichtsforscher Kralj. Als sich Jugoslawien nach Titos Tod in seine Teilrepubliken aufzulösen begann, drängten die Massaker der 90er Jahre den Zweiten Weltkrieg erneut in die Vergessenheit. „Heute gibt es zwar wieder mehr Forschung zum Thema Holocaust und eine stärkere Gedenkkultur. Aber die Bestrebungen sind nicht annähernd so stark wie in Deutschland oder Österreich“, so Kralj.

Hinzu komme der Opfermythos. In Kroatiens Gesellschaft werde der rechtsextreme Terror noch heute als „importiert“ betrachtet: als Ideologie, mit der Deutschland den Kontinent übersäte und deren Opfer man wurde. Dabei war in Kroatien 1941 das ultranationale Ustascha-Regime an die Macht gekommen, das ebenfalls antijüdische Gesetze erließ und vollstreckte. Allein im damaligen ‚Unabhängigen Staat Kroatien‘ wurden 75 Prozent der jüdischen Bevölkerung ermordet. Der Großteil starb in lokalen Vernichtungslagern wie dem KZ Jasenovac an der bosnisch-kroatischen Grenze. Nazitreue Regime herrschten außerdem in Serbien, Bulgarien und Rumänien. Insgesamt wurden in Ex-Jugoslawien zwischen 1941 und 45 etwa eine Million Juden, Roma, Serben, Regierungsgegner und andere Minderheitenvertreter ermordet.

Laut Kralj herrsche heute immer breitere Akzeptanz unter jungen Wissenschaftlern, dass der Holocaust am Balkan von den lokalen Machthabern mitgeplant und gemeinsam mit den Nazis durchgeführt wurde. Aufholbedarf hingegen herrsche noch in der Bevölkerung. Immer noch beschäftigen sich nur wenige Historiker mit dem Holocaust, da das Thema als politisch geladen gilt. Darüber hinaus gebe es mangels Museen oder Forschungsstellen zum Holocaust kaum Jobaussichten für sie.

Vergangenen Oktober sorgte Kroatiens Präsident Zoran Milanovic mit einer Aussage um den Krieg in Nahost für Aufsehen: Man werde nicht alle Handlungen Israels einfach hinnehmen, schließlich seien Kroaten „keine Nachfahren von Nazis“ und hätten ebenso wenig Juden systematisch verfolgt. Dazu Kralj: „Erst wenn wir akzeptieren, dass die Gründe für den Holocaust nicht nur außerhalb Kroatiens zu finden sind, und auch den lokalen Faschismus berücksichtigen, können wir die Verbrechen als unsere eigene Geschichte ansehen und Verantwortung übernehmen.“

Mirna Herman hat den Großteil ihrer Verwandten in Jasenovac und Auschwitz-Birkenau verloren. Inzwischen lebt ein Großteil der Nachfahren in den USA; sie selbst ist mit dem kleineren Familienzweig in Kroatien geblieben. Durch ihre Stiftung unterstützt die Familie die Renovierung von Block 17 und die Ausstellung, die dort voraussichtlich 2026 eröffnet. Mit dem Projekt gedenke ihre Familie den Opfern des Horrors, der durch keine Worte zu beschreiben sei, so Mirna Herman. Sie begrüßt, dass sich die ex-jugoslawischen Staaten ihrer Vergangenheit stellen, betont zugleich aber: „Eine Erinnerungskultur erfordert noch mehr gemeinsame Anstrengungen.“ (kna HG 22.02.2024)

- **Mit einem außergewöhnlich scharfen Wort gegen die AfD und den Rechtsextremismus hat es die Deutsche Bischofskonferenz in die Hauptnachrichten des Fernsehens und auf die Titelseiten der großen Tageszeitungen geschafft.** (von Christoph Renzikowski) Zum Abschluss ihres Frühjahrstreffens in Augsburg legten sie eine einstimmig verabschiedete Erklärung vor: „Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar“. Der Konferenzvorsitzende Georg Bätzing sagte: „Wir haben uns nach langer, eingehender Diskussion entschieden, die AfD auch zu benennen.“ Dabei fügte der Limburger Bischof hinzu, dass in Wahlhirtenbriefen die Bischöfe es in jüngerer Zeit ausdrücklich vermieden hätten, auf einzelne Parteien zu sprechen zu kommen. „Aber die Situation ist jetzt eine andere.“ Gleichwohl ließ sich am Rande des Augsburger Treffens vernehmen, dass dazu einige Überzeugungsarbeit erforderlich war. In einer Studieneinheit hatte sich der Episkopat vom Kasseler Politikwissenschaftler Wolfgang Schroeder und dem Leiter des Katholischen Büros in Erfurt, Claudio Kullmann, über die Gefahr unterrichten lassen, die inzwischen vom rechtsextremen Milieu für die Demokratie ausgeht. Dieser Input verfehlte seine Wirkung offenbar nicht.

Die Erklärung steht unter dem Eindruck der Correctiv-Recherchen über die von Rechtsextremisten unter Einschluss hochrangiger AfD-Funktionäre angezettelte „Remigrations“-Debatte. Ausdrücklich begrüßen die deutschen Bischöfe die daraufhin entstandene Protestbewegung.

„Wer aus demokratischem, freiheitlichem und menschenfreundlichem Geist heraus seinen Widerstand gegen die Machenschaften der Rechtsextremisten bekundet, verdient unser aller Unterstützung und Respekt.“ Eine ganze Reihe von Bischöfen war in den zurückliegenden Wochen auf den Demonstrationen gesichtet worden, teils sogar am Rednerpult. Dem ausgrenzenden Konzept eines als „Blutsgemeinschaft“ gedachten Volkes setzen die Bischöfe den Volksbegriff des Grundgesetzes entgegen: eine Gemeinschaft von Gleichberechtigten, die auf Grundlage der Menschen- und Bürgerrechte die Gesellschaft gemeinsam gestalten. Ethisch-theologisch führt die Erklärung die Unantastbarkeit der Menschenwürde ins Feld. „Sie gründet in der Gottebenbildlichkeit aller Menschen und ist die Basis der Menschenrechte.“ Deutlich geben die Bischöfe zu verstehen, dass sich mit diesen Prinzipien ein „Sozialpatriotismus“, also eine Beschränkung von Solidarität auf die völkisch-national verstandenen eigenen Leute, nicht verträgt. Die Bischofskonferenz attestiert der AfD, dass in ihr „nach mehreren Radikalisierungsschüben“ mittlerweile eine völkisch-nationalistische Gesinnung dominiert. Deshalb sei sie für Christinnen und Christen nicht wählbar. Bischof Bätzing präzisierte dazu, selbstverständlich bleibe die Stimmabgabe bei einer Wahl persönliche Gewissensentscheidung.

Dass es sich bei solch expliziten politischen Äußerungen um eine Gratwanderung handelt, zeigte sich in der Abschluss-Pressekonferenz. Da wollte ein Journalist wissen, ob die Bischöfe jetzt - auf Basis der universell geltenden Menschenrechte – auch Parteien für unwählbar erklärten, die für ein Recht auf Abtreibung einträten. Bätzing umschiffte diese Klippe, indem er energisch bestritt, dass es beim Verständnis von Lebensschutz eine Nähe der katholischen Kirche zur AfD gebe. Das sei „mitnichten“ der Fall, betonte er. Eine zweite Stoßrichtung der DBK-Erklärung geht nach innen: Wer rechtsextreme Parolen verbreite – insbesondere Rassismus und Antisemitismus – kann demnach in der Kirche weder haupt- noch ehrenamtlich mitarbeiten. Im reformierten kirchlichen Arbeitsrecht ist dies bereits als Kündigungsgrund festgehalten. Was noch weithin aussteht, ist eine juristische Handhabe in Form von Unvereinbarkeitsklauseln in kirchlichen Gremiensatzungen. So etwas gibt es bisher nur in einigen wenigen Bistümern. Bätzing und auch DBK-Generalsekretärin Beate Gilles ließen durchblicken, dass diese Debatte auf allen kirchlichen Ebenen weitergehen wird. In einem Punkt gibt es allerdings schon juristische Klarheit: Ein AfD-Parteibuch allein reicht nicht aus, um etwa einen Pfarrgemeinderat hinauswerfen zu können. (kna HG 29.02.2024)

- **In ihrer Stellungnahme gegen die AfD und gegen Rechtsextremismus geht es den katholischen Bischöfen um eine grundsätzliche Kritik. Die wird ausgerechnet aus der AfD bestätigt – auch wenn Parteivertreter empört sind.** (von Christoph Scholz) Den katholischen Bischöfen ist es nicht leicht gefallen, die „Alternative für Deutschland“ beim Namen zu nennen. Denn auf Wahlempfehlungen hatten sie seit längerem verzichtet. Aus gutem Grund. In der jüngsten Erklärung über die Unvereinbarkeit von völkischem Nationalismus und Christentum geht es um Grundsätzlicheres. Dennoch bleibt ein inhaltliches Dementi von Seiten der AfD aus. Und zumindest für Vertreter des offiziell aufgelösten „Völkischen Flügels“, liegen beide Seiten im Ergebnis eigentlich gar nicht weit auseinander: „Völkischer Nationalismus ist mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar!“ Die Bischöfe begründeten ihren Vorstoß mit Radikalisierungsschüben. Die AfD changiere derzeit zwischen „einem echten Rechtsextremismus“ und einem „Rechtspopulismus“. Für Vize-Parteisprecher, Stephan Brandner, war das Bischofswort nur ein „billiges Ablenkungsmanöver und Anbiederungsversuch der katholischen Kirche an das linke Establishment.“ Der evangelische Sprecher des Bündnisses „Christen in der AfD“, Joachim Kuhs, forderte in seinem Statement, den Correctiv-Recherchen das Grundsatzprogramm der Partei gegenüberzustellen, um die Haltlosigkeit der Bischofs-Vorwürfe aufzuzeigen. Die Oberhirten nehmen aber auch das Auftreten, die Reden, Publikationen in sozialen Netzwerken oder Kontakte zu anderen Gruppierungen in den Blick. Laut Verfassungsschutz pflegt die AfD „auf allen Ebenen gefestigte Verbindungen zu Akteuren und Organisationen des extremistischen Teils der Neuen Rechten“.

In ihrer Erklärung folgen Bischöfe dem Diktum von Kardinal Joseph Höffner (1906-1987), wonach Parteien „selbst durch Programm und Praxis ihre Nähe oder Distanz zur Kirche“, bestimmen. Dazu gibt es eine kaum zu überschauende Zahl an Analysen, wie etwa der Vergleich führender Sozialethiker zwischen AfD-Positionen und katholischer Soziallehre. Die Wissenschaftler attestieren der Partei unter anderem ein einseitiges Verständnis von Geschichte und deutscher Identität, eine Verzweckung von Familie, eine selektive Auffassung der Religionsfreiheit mit Blick auf Muslime oder das Verwenden von Feindbildern. Schaut man auf das Weltbild der Rechtsextremen, tun sich noch tiefere Gräben auf. So plädiert etwa der

Chef der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, Björn Höcke, in einem YouTube-Gespräch mit dem EU-Spitzenkandidaten der AfD, Maximilian Krah, für eine Überwindung der Offenbarungsreligionen und räsoniert über eine notwendige Alternative zum Christentum. „Wenn ich mir ein Gegenkonzept zu den Offenbarungsreligionen mit ihrem Missionsanspruch ausdenke, dann muss es etwas sein, was aus der Region kommt, aus einem Kulturraum, was verwurzelt ist, und was nicht diese universalistische Versuchung hat“, so Höcke. Krah plädiert hier für einen „Mut zum Mythos“. Für Höcke eignet dem Christentum auch eine „Autoaggression“: „Nietzsche hat das wunderbar beschrieben, dass die Toleranz zur Selbstaufgabe führt.“ Eine Alternative wäre für ihn ein „reformiertes Christentum, das anschlussfähig ist“. „Was wir brauchen, ist ein Glaube, der das Heilige aus dem Christentum und den Heldenmut aus dem Heidentum vereint“, so sein Fazit. Nicht nur hier deutet sich jene romantisch-religiöse Aufladung der Nation an, die in die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts geführt hat.

In seinem Manifest „Politik von rechts“ verlangt der katholisch sozialisierte Krah zwar eine „spirituelle Verankerung“ rechter Politik. Das kirchlich organisierte Christentum scheidet für ihn aber als Partner aus, weil es „in einem derart desolaten Zustand“ sei - nicht zuletzt aufgrund des kirchlichen Engagements für universelle Menschenrechte. Als Vorbild denkt der katholisch sozialisierte Krah eher an Russland: „Wir sehen in den orthodox geprägten Ländern, wie wertvoll eine intakte, traditionelle Kirche für die politische Rechte ist.“ Religion wird als Bestandteil nationaler Identität im Dienst der Politik verstanden: „Der Islam gehört zu Saudi-Arabien, der Konfuzianismus zu China, der Hinduismus zu Indien (...). Und das ist gut so“, meint der AfD-Politiker. Um die realen Konsequenzen derartiger Ideen zu sehen, reicht schon ein Blick in das Jahrbuch für verfolgte Christen. In diesem Konzept wird Europa als „lockere Klammer“ gedacht, mit „maximalen Freiräumen, um das nationale Gepräge leben zu können“. Helmut Kohl (CDU) hat nach den Schrecken der NS-Zeit die europäische Integration als Friedensprojekt begriffen – auch unter Inkaufnahme ökonomischer Einbußen. Bei Höcke und Krah ist hingegen wieder die Rede von germanischen und romanischen Elementen, und einem Denken in Einflussphären und Kulturräumen. Entsprechend bewertet Höcke die „wertegeleitete Außenpolitik“ als „ein Nasereinstecken in fremde Angelegenheiten und Kulturen“.

Unverständnis für das harte Bischofswort zeigten vor allem die „Christen in der AfD“. Für sie ist die AfD die einzige christliche Partei, die es noch gibt, weil sie uneingeschränkt für traditionelle Familienwerte und gegen Abtreibung eintrete. Trotz möglicher Schnittmengen trennen sich die Wege allerdings, wenn die Ansprüche im größeren Kontext gesehen werden. Im Bischofswort heißt es dazu: „Menschenwürde, Menschenrechte, besonders der Schutz des Lebens von seinem Anfang bis zu seinem natürlichen Ende, sowie Solidarität“ sind elementare Bestandteile des humanitären Ethos, „das im Christentum vor- und mitgeprägt ist“. Für die Bischöfe ist die Annahme des Lebens um seiner selbst willen entscheidend, jenseits aller sozialen, demografischen oder nationalen Erwägungen.

Bei diesen Themen könnte dennoch das Angebot der Bischöfe gelten, Gesprächswilligen den Dialog nicht zu verweigern. Tatsächlich zeichneten sich schon die ersten Christen durch ihr Eintreten gegen die Abtreibung aus. Das Martyrium erlitten unzählige Christen aber damals wie heute, weil sie sich weigerten, den Kaiser, das Volk oder die Nation zu vergötzen. Die kirchenpolitische Sprecherin der AfD-Bundestagsfraktion, Nicole Höchst, kündigte an, den Kontakt nach Rom zu suchen, damit man dort „über das, was die Bischöfe hier umtreibt“, gut informiert sei. Rom dürfte dies durchaus interessieren. Denn nicht erst Papst Franziskus ist tief besorgt, dass „unzeitgemäße Konflikte“ ausbrechen, „die man überwunden glaubte“.

„Verbohrte, übertriebene, wütende und aggressive Nationalismen leben wieder auf“, beklagte er etwa in seiner Enzyklika „Fratelli tutti“. „In verschiedenen Ländern geht eine von gewissen Ideologien durchdrungene Idee des Volkes und der Nation mit neuen Formen des Egoismus und des Verlusts des Sozialempfindens einher, die hinter einer vermeintlichen Verteidigung der nationalen Interessen versteckt werden“. Papst Johannes Paul II. (1978-2005), hatte mit seinem Eintreten für die Universalität der Menschenrechte maßgeblich zum Fall der Mauer beigetragen. Immer wieder warnte er vor einem Aufleben von Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus. Zwischen die Erklärung der deutschen Bischöfe und die Auffassung des Heiligen Stuhls passt in diesem Falle kein Blatt. (kna HG 29.02.2024)

- **In der „Süddeutschen Zeitung“ lobt Annette Zoch die Stellungnahme der Bischöfe gegen AfD und Rechtsextremismus:** „(...) So deutlich und so scharf wie noch nie haben sich die Oberhirten

darin gegen die AfD positioniert, erwähnen sie sogar namentlich in dem Papier. Noch nie haben die katholischen Bischöfe so explizit vor einer im Bundestag vertretenen Partei gewarnt. Es ist ein bedeutendes und historisches Signal in die Gesellschaft. Dies gilt umso mehr, als katholische Positionen wie zum Beispiel der Schutz des ungeborenen Lebens von Rechtspopulisten und Rechtsextremen besetzt und instrumentalisiert werden. Eine klare Abgrenzung war gerade hier dringend nötig. Das Papier wird aber auch innerhalb der katholischen Kirche viele Diskussionen auslösen, schließlich sind AfD-Mitglieder und –Anhänger auch in den Kirchen vertreten. Wie geht man um zum Beispiel mit einem Pfarrgemeinderat, der in der AfD ist, wie mit einer Erstkommunion-Katechetin? Man will gesprächsbereit bleiben, den Dialog mit AfD-Sympathisanten suchen, sagen die Bischöfe. Aber im Kern sind sie unmissverständlich und vor allem: geeint. Jeder Bischof könne jeden einzelnen Satz der Erklärung unterschreiben, sagte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Limburger Bischof Georg Bätzing. (...) Statt den Zank mit Rom zu eskalieren, ist es den Bischöfen nun zum ersten Mal seit Längerem gelungen, gemeinsam ein dringend nötiges gesellschaftliches Ausrufezeichen zu setzen.“ (kna HG 29.02.2024)

- **Teilweise reichen die Kontroversen in Deutschlands jüdischer Gemeinschaft Jahre zurück, manche sind vergleichsweise neu. Jedenfalls hängen sie mehr oder weniger stark zusammen. Ein Überblick.**

Wirbel um die Rabbinerausbildung in Deutschland, Streit zwischen dem Zentralrat der Juden und einer großen jüdischen Gemeinde und dann noch eine Verfassungsbeschwerde: In der vergangenen Woche kochten täglich prominente Konfliktthemen in der jüdischen Gemeinschaft hoch. Neu sind diese Themen nicht, aber in der Öffentlichkeit war es stiller um sie geworden. Freilich wurde weiter an ihnen gearbeitet, und jetzt flammen sie fast gleichzeitig wieder auf und erzeugen Unruhe. Hinzu kommt, dass alles mehr oder weniger stark mit allem zusammenhängt. Da ist die Ausbildung von liberalen und konservativen Rabbinerinnen und Rabbinern am Standort Potsdam – in Deutschland die einzige ihrer Art und entsprechend prestigeträchtig. Lange Zeit machten das Abraham-Geiger-Kolleg (liberal) und das Zacharias-Frankel-College (konservativ) mit positiven Nachrichten sowie den Ordinationen erfolgreicher Absolventinnen und Absolventen auf sich aufmerksam.

Bis zu den Anschuldigungen gegen Rabbiner Walter Homolka unter anderem wegen Machtmissbrauchs und weiteren Fehlverhaltens. Er bestreitet die Vorwürfe und ging gerichtlich gegen sie vor. Auch mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland stritt er sich vor Gericht. Homolka war Gründer und Rektor des Geiger-Kollegs (AGK) und zog sich im Zusammenhang mit den Vorwürfen von Ämtern in der jüdischen Gemeinschaft zurück. Daher musste auch eine Lösung für die Ausbildung von Rabbinerinnen und Rabbinern sowie Kantoren und Kantorinnen her. Anfang März 2023 hatte der Zentralrat den Vorschlag für eine Stiftung als Trägerin der Ausbildung zum ersten Mal öffentlich formuliert. Allerdings hatte die Jüdische Gemeinde zu Berlin da bereits die Trägerschaft für das Geiger-Kolleg und das Frankel-College von der Leo-Baeck-Foundation übernommen. Beide Einrichtungen sind An-Institute der Universität Potsdam. Es ergaben sich also Konkurrenzen, und schon da gärte es zwischen dem Zentralrat und der Hauptstadt-Gemeinde ordentlich.

Fast genau ein Jahr später kündigte der Zentralrat, Dachverband der jüdischen Gemeinden, an, die Stiftung auf den Weg gebracht zu haben: Die Unterlagen für einen Gründungsantrag habe man beim Brandenburger Innenministerium eingereicht. Die Stiftung solle ebenfalls für das Zacharias-Frankel-College (ZFC) zuständig sein. Vom ZFC kam umgehend Zustimmung: Schon lange hatten Leitung und Studierende die Schaffung „sicherer und zukunftsfester Ausbildungsstrukturen“ gefordert. Die staatlichen Geldgeber – Bundesinnenministerium, Brandenburger Wissenschaftsministerium und Kultusministerkonferenz – wählten in einer gemeinsamen Erklärung mit dem Zentralrat ähnliche Worte.

Und dann schoben sie etwas nach, das zu heftigem Widerspruch führte: Vonseiten der Allgemeinen Rabbinerkonferenz (ARK) werde bestätigt, dass die Berliner Gemeinde nur die wirtschaftliche Trägerin des AGK sei und als solche einer Rabbinatsausbildungsstätte kein Ordinationsrecht verleihen könne, das „Anerkennung und Akzeptanz innerhalb der organisierten jüdischen Religionsgemeinschaft in Deutschland“ finde. „Damit verfügt das Abraham Geiger Kolleg in seiner jetzigen Struktur mit der Jüdischen Gemeinde zu Berlin – im Gegensatz zur neuen Stiftung – über kein tragbares Ordinationsrecht“, hieß es weiter. Mit einer Ordination (Smicha) werden Rabbiner und Rabbinerinnen nach einer wissenschaftlichen

Ausbildung in ihr Amt berufen. Besagter Widerspruch kam von unterschiedlichen Seiten und zielt darauf ab, dass weder der Zentralrat noch die ARK dazu berechtigt seien, dem Geiger-Kolleg das Ordinationsrecht zu verleihen oder zu versagen. Autoritäten seien hier einzig und allein die Central Conference of American Rabbis beziehungsweise die World Union for Progressive Judaism (WUPJ). Diese betonte, dass die Ordinationen des AGK unter der Trägerschaft der Berliner Gemeinde weiterhin in allen Regionen der WUPJ anerkannt wurden – diese internationale Anerkennung dagegen einer von einer Stiftung des Zentralrats getragenen Ausbildungsstätte fehlen würde.

Bemerkenswert sind Einlassungen seitens der ARK selbst, die Rabbiner und Rabbinerinnen der nichtorthodoxen Strömungen vertritt. Etwa von Andreas Nachama, rabbinischer Leiter des Geiger-Kollegs und erster Stellvertreter der ARK-Vorsitzenden Elisa Klapheck. Klapheck habe „in erster Linie nur für sich und nicht für die gesamte ARK“ mit ihren Einlassungen zum Ordinationsrecht gesprochen, teilte er mit zwei weiteren liberalen Rabbinerkollegen aus Berlin mit. Außerdem sei es unter „der Obhut der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und dank der unermüdlichen Arbeit vieler“ gelungen, an beiden Ausbildungseinrichtungen „wieder ein Klima zu schaffen, das es ermöglicht, positiv in die Zukunft zu blicken“, so die Rabbiner. 13 ARK-Mitglieder – Nachama ist nicht darunter – forderten den Rücktritt von Klapheck wegen eines „Alleingangs“ und wehrten sich gegen eine „unzulässige Einmischung des Zentralrats in die Frage der Gültigkeit der Rabbinerordination“. Klapheck selbst äußerte sich auf Anfrage bisher nicht. Sie bekam jüngst Rückhalt aus dem Jüdischen Liberal-Egalitären Verband (JLEV), in dessen Vorstand sie ist. Einig dürften sich alle Beteiligten immerhin darin sein, dass die angehenden Rabbinerinnen und Rabbiner in Potsdam unter all dem nicht in ihrem Studium und bei der internationalen Anerkennung ihrer Ordination leiden sollen. Wenn man sich umhört, fällt hinter vorgehaltener Hand auch das Wort „Getöse“. Sollte das der Fall sein, haben diejenigen gute Chancen, die auf Gespräche mit allen Beteiligten dringen, um die Kontroverse zu beenden.

Wie es indes um das Gespräch zwischen dem Zentralrat und der Berliner Gemeinde bestellt ist, bleibt abzuwarten. Denn sie streiten nicht nur um die Trägerschaft der Rabbinerausbildung, sondern auch um eine Gemeindepardamentswahl im Herbst 2023, die hoch umstritten war – auch innerhalb der Gemeinde. Der Vorstandsvorsitzende Gideon Joffe ging daraus als Gewinner hervor. Der Zentralrat erkennt die Wahl nicht an und stößt sich wie gemeindeinterne Kritikerinnen und Kritiker vor allem an einer geänderten Wahlordnung. Sie sieht zum Beispiel eine Altersbegrenzung für Kandidatinnen und Kandidaten und eine verlängerte Amtsperiode vor. Nachdem die jeweiligen Gerichtsbarkeiten von Zentralrat und Gemeinde bemüht worden waren, gipfelte der Streit darin, dass der Zentralrat der Gemeinde zunächst für ein Jahr die Stimmberechtigung in den Organen des Zentralrats entzog. Die Gemeinde sprach von „anhaltendem Mobbing“ und einer Gefahr der Spaltung des Zentralrats. Die Gemeinde kündigte an, sich „mit allen ihr verfügbaren Mitteln“ zu wehren. Bemerkenswert ist, dass erst kürzlich die Geschäftsführerin der Gemeinde, Milena Rosenzweig-Winter, in das wichtige Präsidium des Zentralrats nachgewählt worden war. Übrigens ist sie derzeit auch Geschäftsführerin des Abraham-Geiger-Kollegs und des Zacharias-Frankel-Colleges.

Der dritte Komplex der vergangenen Woche ist die Verfassungsbeschwerde der Union progressiver Juden (UpJ) in Deutschland. Damit will der Dachverband liberaler Gemeinden durchsetzen, dass er wie auch der Zentralrat öffentliche Gelder über einen eigenen Staatsvertrag erhält. Eine Alternative wäre aus Sicht der UpJ, eine Ergänzung in den bestehenden Staatsvertrag einzufügen, die regelt, „dass und in welcher Höhe der Zentralrat der Juden einen Teil der staatlichen Mittel“ an die UpJ weiterleiten muss, wie es in der Verfassungsbeschwerde heißt. Diese Debatte ist quasi so alt wie der Staatsvertrag. Ihn hatten 2003 Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und Zentralratspräsident Paul Spiegel unterschrieben. Das Dokument sollte für mehr Rechtssicherheit und eine bessere finanzielle Unterstützung der jüdischen Gemeinschaft sorgen. Sowohl der Zentralrat als auch die UpJ sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und die einzigen bundesweit tätigen jüdischen Organisationen mit diesem Status. Weil der Staatsvertrag aber mit dem Zentralrat geschlossen wurde, sieht sich die UpJ mitsamt der liberalen Strömung innerhalb des Judentums insgesamt benachteiligt. Und in einem Abhängigkeitsverhältnis zum Zentralrat. Denn dieser leitet bisher einen Teil der Fördergelder aus dem Staatsvertrag an die UpJ weiter. Momentan umfasst der Staatsvertrag 22 Millionen Euro pro Jahr. Laut UpJ soll sie davon 189.000 Euro für das laufende Jahr erhalten, was aus ihrer Sicht zu wenig ist. Die UpJ vertritt nach eigenen Angaben bundesweit 19 Gemeinden mit etwa 4.000 Mitgliedern, der Zentralrat hat nach offiziellen Angaben rund 95.000 Mitglieder. Der Zentralrat hatte zu einem früheren Zeitpunkt

betont, er berücksichtige alle Strömungen des Judentums „gleichermaßen und paritätisch“. Das Bundesinnenministerium machte jüngst darauf aufmerksam, dass die UpJ vom Ministerium unterstützt werde. Ob die UpJ Anspruch auf Abschluss eines „originären religionsrechtlichen Vertrages“ habe, werde nun im Rahmen der Verfassungsbeschwerde zu klären sein.

Weil alles irgendwie mit allem zusammenhängt, muss noch hinzugefügt werden, dass die UpJ strikt gegen die geplante Stiftung des Zentralrats für das Abraham-Geiger-Kolleg ist. Sie sprach von einem „aggressiven Vorgehen“ des Zentralrats bei dem Wunsch, das Seminar für die liberale Strömung zu übernehmen. Bis zu seinem Rückzug war Rabbiner Homolka Vorstandsvorsitzender der UpJ. Weil manche liberale Jüdinnen und Juden einen Neuanfang jenseits der UpJ wollten, gründeten sie 2023 den Jüdischen Liberal-Egalitären Verband - der unter dem Dach des Zentralrats firmiert und dessen Stiftungslösung für die Potsdamer Rabbinerausbildung befürwortet. (kna HG 07.03.2024)

- **Die Passionsgeschichte wird im jüdisch-christlichen Dialog immer wieder problematisiert. Der Rabbiner Schalom Ben-Chorin hat versucht zu vermitteln. Er sah in Jesus einen „Tanaiten“. Daran knüpfen auch andere an, um sich dem „historischen Jesus“ zu nähern.** (Von Monika Beck) Der Rabbiner und Religionswissenschaftler Schalom Ben-Chorin (1913–1999) nennt den historischen Jesus einen Tanaiten, einen Tora-Ausleger. Der Nazarener wanderte durch die galiläischen Städte und Dörfer und seine oft verwendete Frage ist für die rabbinische Auslegung bindend: „Was steht im Gesetz geschrieben? Was liest du?“ (Lukas 10, 26). Eine andere typische Form der talmudischen Interpretationspraxis findet man in der Bergpredigt. Mit dem „Ich aber sage euch“ (oder „Und ich sage euch“) wird der Inhalt des angedeuteten Bibeltexes abgesteckt und auf bestimmte Weise gedeutet sowie sinngemäß erweitert (vgl. Matthäus, 5,21–48).

Die meisten Dialogpartner Jesu sind Pharisäer. Auch wenn er ihnen widerspricht, sind diese nicht seine Feinde; er hat pharisäische Freunde, besucht sie und nimmt in ihren Häusern Mahlzeiten ein. Er lobt auch einzelne unter ihnen: „Du hast richtig geantwortet, handle danach (nach Gottes und Nächstenliebe) und du wirst leben“ (Lukas 10,28); „Du bist nicht fern vom Reich Gottes“ (Markus 12,34). Die Auslegung der Heiligen Schrift gilt bis heute als maßgebend in der religiösen Praxis des Judentums, und die dabei entstehenden Streitfragen werden auch heftig ausgetragen. Nach der Enthauptung des Täufers wird Jesus von Pharisäern gewarnt, dass Herodes auch nach seinem Leben trachte (vgl. Lukas 13,31). Unter den Pharisäern gab es auch schwarze Schafe, die Ben Chorin als die „gefärbten Pharisäer“ bezeichnet. Bei Markus 3,6 heißt es: „Da gingen die Pharisäer hinaus und fassten zusammen mit den Anhängern des Herodes den Beschluss, Jesus umzubringen.“ Leute, die mit dem herodianischen Königshaus paktierten, waren Abtrünnige. Denn die idumäische Dynastie der Herodianer herrschte als Marionette der Römer auf dem jüdischen Königsthron, führte das Leben dekadenter römischer Aristokraten und missachtete das jüdische Gesetz. Herodes Antipas ließ Johannes den Täufer aus privaten Gründen ohne Gerichtsverfahren hinrichten, ein Delikt gegen die Vorschriften des Sanhedrin. Zu Lebzeiten Jesu waren die Pharisäer in sieben Schulen zersplittert. Die Evangelientexte beinhalten pharisäisches Lehrgut (Volksnähe, Auferstehung der Toten, Deutung der jüdischen Werte durch die Auslegung der Heiligen Schrift usw.), das nahe legt, dass der Rabbi aus Nazareth zu einer dieser Schulen gehörte. – Siehe dazu „Der gekreuzigte Pharisäer“ von Pinchas Lapide (1922–1997).

Der Historiker Michael Wolffsohn erläutert in seinem Buch „Eine andere jüdische Geschichte“ einen latenten internen jüdischen Bürgerkrieg zwischen der sadduzäischen Aristokratie und der pharisäischen „Bourgeoisie“, der dem großen Aufstand gegen Rom (66–70 n. Chr.) vorausgegangen war. Die Sadduzäer, eine dekadente Oberschicht, waren im ausgebeuteten Volk auch wegen ihrer Kollaboration mit Rom – solange die römische Besatzungsmacht ihre Privilegien unterstützte – verhasst. – „Die Hohepriester antworteten: Wir haben keinen König außer dem Kaiser“ (Johannes 19,15). In Bedrängnis vollen Zeiten wurden im Bundesvolk messianische Hoffnungen gehegt, denn der Ankunft des Gesalbten sollten „die messianischen Wehen“ vorausgehen. Die Juden in der römischen Provinz Judäa waren ein unterjochtes Volk, das die Härte der Besatzer schmerzlich zu spüren bekam. Diese Leiden wurden als Vorwehen der messianischen Endzeit verstanden. Auch Jesus teilte mit seinen Landsleuten die Naherwartung der messianischen Erfüllung: „Amen ich sage euch: Diese Generation wird nicht vergehen, bis das alles geschieht“ (Matthäus 24, 34). Vor der Niederwerfung der jüdischen Rebellion und der Zerstörung des Tempels durch den römischen Feldherrn Titus (70 n. Chr.) pilgerten Juden in Scharen aus ganz Judäa und der Diaspora zu den drei Wallfahrtsfesten nach Jerusalem. Diese Pilgerfeste wurden zu Erinnerung des Auszugs aus Ägypten

(Pessach), der Wüstenwanderung (Sukkot = Laubhüttenfest) und der Sinaioffenbarung (Schawuot) begangen. Auch Jesus kam als Pilger aus Galiläa in die Hauptstadt. In den Evangelien werden zwei Wallfahrtsfeste zusammengefasst. Das „letzte Abendmahl“ verläuft ganz nach dem Ritual eines Sederabends zum Auftakt des Pessachfestes, während das Schwingen der Palmenzweige auf das Laubhüttenfest hinweist. Der Wanderprediger aus Nazareth, der nicht wie die Vornehmen zu Pferd, sondern auf dem Reittier der Armen, einem Esel, in Jerusalem einzog, wurde von der Bevölkerung begeistert empfangen. Das erregte den Argwohn der sadduzäischen Priester, die Ben Chorin als die ärgsten Feinde des galiläischen Rabbi bezeichnet.

Die Verweltlichung des Zentralheiligums war eines der Delikte, das Pharisäer der materialistisch orientierten sadduzäischen Priesterschaft vorwarfen. Der Missbrauch des Wallfahrtsfestes als lukrative Einnahmequelle empört auch Jesus. Er wird – was an den anderen Stellen des Neuen Testaments nirgends vorkommt – sogar handgreiflich und wirft die Händler aus dem Tempel mit den Worten: „Heißt es nicht in der Schrift: ‚Mein Haus soll ein Haus des Gebetes für alle Völker genannt werden‘? Ihr aber habt daraus eine Räuberhöhle gemacht.“ (Matthäus 11,17). Der Evangelist berichtet weiter, die Hohepriester hätten von dem Vorfall und der Rüge Jesu gehört und nach einer Möglichkeit gesucht, ihn umzubringen. Doch sie fürchteten das Volk, das „voll Staunen“ den Worten des Rabbi aus Galiläa zuhörte (vgl. Matthäus 11,18). Jesus greift im Tempel die sadduzäische Oberschicht auch verbal an, was Aufsehen erregt. Nun wird ihm eine Falle gestellt: Darf man dem Kaiser Steuern zahlen?

Zwar wird berichtet, dass Pharisäer diese Frage an ihn richteten, doch wieder „zusammen mit den Anhängern des Herodes“ (vgl. Matthäus 22,15–17). Es geht also um die abtrünnigen, „gefärbten Pharisäer“, die mit dem Römerfreund Herodes paktierten. Jesus verlangt eine römische Münze, auf der – wie üblich – das Bildnis des Kaisers eingraviert war. Mit seiner Antwort: „So gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört, und Gott, was Gott gehört!“ (Matthäus, 22,21) entlarvt er indirekt seine Zuhörer, das jüdische Gesetz zu missachten. Denn das Abbild des vergötterten Kaisers von Rom bei sich zu tragen, bedeutete für einen gläubigen Juden Götzendienst. Schließlich greifen die Gegner des Nazareners zu einer letzten Intrige: Ein extremer Widerstandskämpfer wird dazu gebracht, Jesus zu verraten. – Iskariot, eigentlich „Isch Kariot“, „der Mann aus Kariot“, kann auch mit „Sikarier“ übersetzt werden (siehe dazu Benedikt XVI.: „Jesus von Nazareth“). Als Judas merkt, dass er von den Kollaborateuren der römischen Besatzung gegen einen Unschuldigen instrumentalisiert wurde, erleidet er in seiner Verzweiflung einen psychischen Kurzschluss und bringt sich um. Denn der Rabbi aus Nazareth war auch ein jüdischer Patriot, der weinend sagt: „Wenn doch auch du an diesem Tag erkannt hättest, was Frieden bringt“ und den Untergang der geliebten Heiligen Stadt (vgl. Lukas, 19,41–44) schildert. Jesus beurteilt die Lage als Realpolitiker: Das kleine jüdische Volk kann gegen die Weltmacht Rom nicht mit Waffengewalt kämpfen, das führt zu seinem Verderben. Nur durch den passiven Widerstand, in der Festigung ihres Glaubens, können die militärisch unterlegenen Juden, dem heidnischen Großreich der Römer widerstehen.

Der Sanhedrin besaß auch eine pharisäische Opposition. In den Evangelien werden zwei im Hohen Rat vertretene Pharisäer genannt, die als „führende Männer unter den Juden“ Jesus gegenüber durchaus wohlgesinnt waren: Nikodemus und Josef von Arimathäa. Doch die Fronten waren schon verhärtet, und die Sadduzäer mit den Römern als Stütze hatten die Oberhand. Deshalb besucht Nikodemus aus Vorsicht Jesus in der Nacht. Der jüdische Schriftsteller Schalom Asch (1880–1957) rekonstruiert in seinem Roman „Der Nazarener“ den Prozess Jesu historisch. Er lässt Josef von Arimathäa als Vertreter der opponierenden Pharisäer kämpferisch für den Freispruch des Angeklagten plädieren. Nach dem Statut des Hohen Rates durfte bei Einstimmigkeit kein Todesurteil gefällt werden. Nur wenn auch einige Gegenstimmen vorhanden waren, konnte eine Todesstrafe vollstreckt werden. Es war auch untersagt, in der Nacht ein Gerichtsverfahren einzuberufen. Solche Einzelheiten sind den Evangelisten, die ihre Texte erst nach der Niederwerfung des jüdischen Aufstandes verfasst hatten, entgangen.

Um auf dem Gebiet des Römischen Reiches bestehen zu können, versuchte die junge christliche Kirche, den Amtsträger Roms in Judäa, Pontius Pilatus, in ein positives Licht zu rücken. Doch der Statthalter, der bei dem kleinsten Verdacht eines Widerstandes gegen die römische Macht die Einheimischen kreuzigen ließ, machte sich kaum wegen der Hinrichtung eines einzelnen Juden moralische Gedanken. Ben-Chorin hält es für sehr zweifelhaft, dass dieser römische Machtmensch, der nur die Interessen Roms im Sinn hatte, mit dem jüdischen Ritual des „Händewaschens in Unschuld“ sein Gewissen „entlasten“ wollte. Als er Jesus seinen Sol-

daten ausliefert, lässt er ohne Skrupel zu, dass die römischen Legionäre in ihrer berüchtigten Grausamkeit mit aller Wucht den Verurteilten schinden. Bei Lukas lässt Pilatus Jesus auch zu Herodes bringen, der sich ebenfalls als Pilger in Jerusalem aufhielt, und der Marionetten-König trieb mit dem Gefangenen „seinen Spott“ (vgl. Lukas, 23,6–12). Pilatus, seine Legionäre, Herodes und die Sadduzäer: Die ganze Clique der Besatzung, die Römer und deren Kollaborateure. Wolffsohn steckt den historischen Rahmen so gut ab, dass das verhängnisvolle weit verbreitete Vorurteil, „die Juden“ hätten Jesus getötet, in aller Klarheit widerlegt werden kann: Der Wanderprediger aus Nazareth war in die Konfliktmühle geraten, zwischen den mit der römischen Besatzungsmacht paktierenden sadduzäischen Priestern und den volksnahen Pharisäern.

Benedikt XVI. vermerkt in seinem mehrbändigen Jesus-Buch, dass der aufgehetzte Pöbel, der den Tod Jesu verlangte – zahlenmäßig nur so viele, wie der Platz vor der Burg Antonia, dem Amtssitz des Statthalters, fassen konnte – mit dem Volksauflauf, die Jesus bei seinem Einzug in Jerusalem begrüßte, nicht identisch sei. Jesus hatte von Anfang an viele Anhänger und musste schnell hingerichtet werden, um einen Volksaufbruch zu vermeiden. – „Barabbas“ (Bar Abbas) bedeutet hebräisch „Sohn des Vaters“, daher lässt Pinchas Lapide auch die Hypothese gelten, dass die Menge vor der Präfektur die Freilassung Jesu forderte. Erst in der späteren christlichen Tradition seien Jesus und Barabbas als zwei für die Freilassung zur Wahl gestellte Personen dargestellt worden. Im jüdischen Verständnis gehört es zu den größten Vergehen, einen Verstorbenen unbestattet zu lassen. Auch in der Gegenwart sind die israelischen Behörden oft bereit, selbst Terroristen aus Gefängnissen freizulassen, um die Freigabe des Leichnams eines getöteten jüdischen Soldaten zu bewirken. Dem Dahin-geschiedenen ein gebührendes Begräbnis zu gewährleisten, gilt als eine Wohltat (mizwah), die alle anderen Werke der Wohltätigkeit überragt, denn der Verstorbene kann sich dafür nicht mehr bedanken. In diesem Sinne handelt Josef von Arimathäa als frommer Jude: „Er ging zu Pilatus und bat um den Leichnam Jesu. Und er nahm ihn vom Kreuz, hüllte ihn in ein Leinentuch und legte ihn in ein Felsengrab, in dem noch niemand bestattet war. Das war am Rüsttag, kurz bevor der Sabbat anbrach“ (Lukas, 23,52–54). Am Sabbat dürfen keine jüdischen Bestattungen stattfinden, und es ist auch untersagt, an diesem Tag einen Friedhof zu betreten. Im Johannesevangelium hilft auch Nikodemus, Jesus zu bestatten, er bringt „eine Mischung aus Myrrhe und Aloe“ und beide umwickeln den Leichnam „mit Leinenbinden zusammen mit den wohlriechenden Salben, wie es beim jüdischen Begräbnis Sitte ist“ (Johannes 19,39–40).

In seinem Buch „Auferstehung – ein jüdisches Glaubenserlebnis“ widerlegt Pinchas Lapide die verbreitete Theorie, dass die Berichte über die Auferstehung Jesu auf die Auferstehungsmythen heidnischer Völker im alten Orient – wie der ägyptische Osiris-Mythos – zurückzuführen wären. Die Wiederbelebung der Toten als göttliche Gnade, die in der Endzeit der ganzen Menschheit zuteilwerde, sei pharisäisches Gedankengut, das sowohl das Christentum wie auch das rabbinische Judentum prägte, da beide aus pharisäischem Lehrgut hervorgegangen sind. Der Sederabend, dessen Liturgie das einwöchige Pessachfest einleitet, der Abend an dem das Erscheinen des Messias erwartet wird, endet mit einem Volkslied über ein „Lämmchen“, das „mein Vater für zwei Suse“ gekauft hatte. Das Lied stammt aus dem 15. Jahrhundert, ist aber in Aramäisch verfasst, der jüdischen Volkssprache im letzten vorchristlichen Jahrhundert. Das Lämmchen wird von der Katze gefressen, und es folgen eine Reihe aggressiver Handlungen, die zur Vernichtung führen: Der Hund tötet die Katze, ein Stock vernichtet den Hund, der Stock geht durch das Feuer zugrunde, das Feuer wird vom Wasser gelöscht, ein Ochse trinkt das Wasser, ein Metzger schlachtet den Ochsen, und „dann kam der Tod und griff nach dem Metzger“. Doch das alles bedeutet nicht das Ende, denn „da kam Gott, Gottes Heiligkeit sei gepriesen, und vernichtete den Tod.“ Ben-Chorin erläutert in „Die Erwählung Israels“, dass die Auserwählung der Juden nur im Sinne des göttlichen Auftrags zu verstehen sei: „Es ist zu wenig, dass du mein Knecht bist, / nur um die Stämme Jakobs wieder aufzurichten / und die Verschonten Israels heimzuführen. Ich mache dich zum Licht der Nationen; damit mein Heil bis an das Ende der Erde reicht. So spricht der Herr, der Erlöser Israels, sein Heiliger“ (Jesaja 49,6–7).

Im Lukasevangelium sagt der greise Simeon im Tempel zu Jerusalem über den Säugling Jesus: „Denn meine Augen haben das Heil gesehen, / das du vor allen Völkern bereitet hast, ein Licht das die Heiden erleuchtet und Herrlichkeit für sein Volk Israel“ (Lukas 2,30–32). Das Martyrium wird im Judentum „Kiddusch Haschem“, „Heiligung des göttlichen Namens“ genannt. Der letzte Schrei Jesu am Kreuz im Markusevangelium „Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen“ (Markus 15,34) ist auch der Anfangsvers von Psalm 22, dessen letzte Zeilen auf das „Königtum Gottes“ hinweisen, das „über die Nationen herrschen wird“ (vgl.

Psalm 22,29). In den synoptischen Evangelien stiftet Jesus den „neuen und ewigen Bund“, durch das Vergießen seines Blutes „für die Vergebung der Sünden“. Um die Menschheit von der Sünde des Götzendienstes zu erlösen, nimmt Jesus Leiden und Tod auf sich, begeht das jüdische Martyrium, das Kiddusch HaSchem“. Auf historischer Ebene beginnt die Geschichte des Christentums, und Schritt für Schritt fallen die heidnischen Götzen, das „Königtum Gottes“ verbreitet sich „über die Nationen“. (kna HG 14.03.2024)

- **Die Jahrestagung des Internationalen Rates der Christen und Juden (ICCJ) findet vom 23. bis 26. Juni in Salzburg statt.** Der Rat ist der Dachverband der jüdisch-christlichen Gesellschaften. Die Tagung, die mit dem Koordinierungsausschuss für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Österreich und der Universität Salzburg ausgerichtet wird, steht unter dem Titel „Heiligkeit: Ein religiöser Imperativ und eine moralische Verpflichtung?“ Im Rahmen der Tagung wird am 23. Juni bei einem Festakt der renommierte Seelisberg-Preis für herausragende Verdienste um den jüdisch-christlichen Dialog verliehen. Der Salzburger Theologe Gregor Maria Hoff verwies auf die besondere Aktualität der Tagung: „Gerade in Zeiten eines zunehmenden Antisemitismus und zumal vor dem Hintergrund der Terrorattacke der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 stellt sich die Aufgabe, jeden interreligiösen Gesprächsfaden aufzugreifen. Deshalb ist auch für jedes Panel der Konferenz eine muslimische Beteiligung vorgesehen.“ Im Begriff der Heiligkeit gebe es gleichermaßen Überschneidungen wie Unterschiede zwischen den drei großen monotheistischen Religionen, heißt es in der Einladung zur Tagung. So können religiöse Praktiken, die als „heilig“ qualifiziert werden, „uns im Dialog verbinden“ und eine „wertvolle Ressource der Stärkung“ darstellen – sie können jedoch auch politisch missbraucht werden. Die Tagung soll daher auch der Frage nachgehen, wie dieser Gefahr angemessen begegnet werden kann. (kna HG 16.05.2024)
- **Ein neuer Generalsekretär für den Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (DKR):** Jan-Ulrich Spies heißt der Neue an der Spitze des DKR. Das teilte der Verband mit Sitz im hessischen Bad Nauheim am 3. Juni mit. Spies wolle für ein friedliches Miteinander der Gesellschaft eintreten. „Antisemitismus ist das Vorurteil, das Rechtsextremisten und Linksextremisten verbindet“, sagte er bei der Bekanntgabe seiner neuen Tätigkeit. Zum Juni 2024 nimmt Spies sein Amt als DKR-Geschäftsführer auf. Es gelte, die Auseinandersetzung mit Phänomenen der Menschenfeindlichkeit zu führen, betonte er. Interreligiöse Bildungs- und Engagement-Angebote seien Notwendigkeiten. Dafür strebe Spies insbesondere die Unterstützung der mehr als 80 örtlichen christlich-jüdischen Gesellschaften an, hieß es. Laut DKR verfügt der gebürtige Marburger über eine langjährige Erfahrung in demokratischer, politisch-historischer Bildungsarbeit und im Engagement für gesellschaftlichen Zusammenhalt. In den vergangenen Jahren habe er in teils leitender Position in Dresden im sächsischen Sozialministerium gearbeitet. Davor sei er unter anderem Referent beim Berliner Anne-Frank-Zentrum, bei der Stiftung Demokratie Jugend sowie im Bundes- und im Landtag des Freistaats Sachsen gewesen. (kna HG 06.06.2024)
- **Die Deutsche Nationalstiftung zeichnet das geplante Drei-Religionen-Kita-Haus in Berlin am 31. Mai mit ihrem Förderpreis aus.** Das interreligiöse Projekt schaffe mit einer jüdischen, einer muslimischen und einer christlichen Kita unter einem Dach eine Umgebung, in der das Zusammenwirken verschiedener Religionen und Kulturen schon von frühester Kindheit an als Normalität gelebt werde, hieß es zur Begründung. Die Auszeichnung ist mit 20.000 Euro dotiert. Ferner erhält der Pianist Igor Levit (36) den mit 30.000 Euro dotierten Deutschen Nationalpreis der Stiftung für seinen Einsatz gegen Antisemitismus und „sein großes politisches und gesellschaftliches Engagement“. Rabbinerin Gesa Ederberg erklärte stellvertretend für das Gründerinnen-Team der Drei-Religionen-Kita: „Wir sehen uns dadurch noch mehr ermutigt, uns für das gute Zusammenleben in unserer Stadt und in Deutschland einzusetzen. Von Kindheit an sollen Freundschaften statt Misstrauen entstehen.“ In diesem Jahr ist voraussichtlich der Baubeginn für das Modellprojekt, dessen Konzept als bundesweit einmalig gilt. Geplant ist, dass jede der drei Kitas über eigene Räumlichkeiten verfügt, mit jeweils Platz für 45 Kinder, und es zusätzliche Gemeinschaftsräume gibt, um etwa die unterschiedlichen religiösen Feste gemeinsam zu feiern. Die Deutsche Nationalstiftung will das Zusammenwachsen Deutschlands fördern und die Idee eines vereinten Europas stärken. Seit 1997 vergibt sie jährlich den Deutschen Nationalpreis und einen Förderpreis an Personen und Organisationen, die sich für diese Ziele engagieren. (kna HG 06.06.2024)

2. Aus der jüdischen Welt – Israel

- **Im Streit um einen Pachtvertrag zwischen dem armenischen Patriarchat und einem jüdisch-australischen Privatinvestor hat die armenische Gemeinschaft der Jerusalemer Altstadt Klage am dortigen Bezirksgericht eingereicht.** Sie wolle erreichen, dass der Vertrag zwischen dem Patriarchat und dem Unternehmen „Xana Capital“ für ungültig erklärt wird, teilte die Aktivistengruppe „Rettet das armenische Viertel“ mit. Hauptargument der Kläger ist, dass der betreffende Besitz treuhänderisch zugunsten der armenischen Gemeinschaft verwaltet wird. Zu diesem Zweck wurde laut Mitteilung vor rund 400 Jahren eine Treuhand-Stiftung eingerichtet (Wakf). Im Rahmen dieser treuhänderischen Verwaltung könne das Patriarchat Besitz nur dann verkaufen oder verpachten, wenn dies unmittelbar der armenischen Gemeinschaft zugutekomme und diese der Transaktion zugestimmt habe. Beides sei bei dem Vertrag nicht der Fall. Ziel sei es, das armenische Land in der Jerusalemer Altstadt zu schützen, das „von immenser historischer und kultureller Bedeutung“ sei und „die dauerhafte Präsenz der Gemeinschaft und des Patriarchats in der Region“ symbolisiere. Die Gemeinschaft sei verpflichtet, die Integrität des armenischen Viertels von Jerusalem gegen „existenzielle Bedrohungen“ wie durch den Pachtvertrag zu bewahren. Die Kläger fordern von den Prozessparteien ferner, „von jeglichen Vergeltungsmaßnahmen gegen Mitglieder der Gemeinschaft“ abzusehen. Dabei bittet sie die internationale Gemeinschaft um Schutz. Zuletzt war es wiederholt zu gewaltsamen Übergriffen im armenischen Altstadtviertel gekommen. Im Streit um die Pachtverträge hatte auch das armenische Patriarchat Klage an dem Gericht eingereicht. Zuvor hatte es den Pächter nach eigenen Angaben über die Aufhebung des Vertrags informiert. Bei den Pachtverträgen geht es um die mögliche Nutzung von 11.500 Quadratmeter Land – rund ein Fünftel des armenischen Viertels in der Jerusalemer Altstadt – für den Bau eines Luxushotels. Eine Kommission US-amerikanisch-armenischer Rechtsexperten hatte erhebliche Mängel an dem Pachtvertrag festgestellt, der bis zu 98 Jahre Laufzeit haben soll. In ihrem Bericht verwies die Kommission auf erhebliche Verstöße des Vertrags gegen die Verfassung des Patriarchats wie eine fehlende erforderliche Zustimmung des Heiligen Synods und der Sankt-Jakobus-Bruderschaft. Zudem bestünden formale Unregelmäßigkeiten. Ein Priester des Patriarchats, der die Vereinbarung damals abgeschlossen hatte, wurde inzwischen seines Postens enthoben. Der Vertrag führte in der armenischen Gemeinschaft Jerusalems zu starkem Widerstand. Aus Sicht der Kritiker würde die Umsetzung der Pläne eine dauerhafte Ausdünnung der armenischen und christlichen Präsenz bedeuten. (kna HG 22.02.2024)
- **Nach der Katastrophe rund um einen Hilfskonvoi im Gazastreifen haben die Oberhäupter der christlichen Kirchen in Jerusalem schwere Vorwürfe gegen das israelische Militär erhoben.** In einer gemeinsamen Erklärung sprachen die Jerusalemer Kirchenführer von einem „mutwilligen Angriff auf unschuldige Zivilisten“. Dabei beriefen sie sich auf nicht näher genannte Augenzeugen des Vorfalles. Demnach hatten israelische Soldaten am 29. Februar das Feuer auf eine palästinensische Menschenmenge eröffnet, die im nördlichen Gazastreifen Lebensmittel entgegennehmen wollte. Es sollen bei Ankunft des Hilfsgüterkonvois mindestens 100 Menschen gezielt getötet worden sein. Hunderte weitere seien verletzt worden. Das israelische Militär bestreitet die Vorwürfe. Stattdessen hatten Plünderungen und Panik zu einer bedrohlichen Situation mit etlichen Toten geführt. Die Kirchenführer versichern in ihrer Erklärung den christlichen Gemeinden im Gazastreifen „das besondere Gebet der Unterstützung“. Derzeit seien mehr „als 800 Christen, die seit fast fünf Monaten in den Kirchen Hl. Porphyrios und Heilige Familie in Gaza Zuflucht gefunden haben“, in der Obhut der Kirchen. Ihre Solidarität gelte auch den „unerschrockenen Mitarbeitern und Freiwilligen“ des von Anglikanern geführten Ahli Hospitals und den Patienten, die sie versorgen. Die Kirchenoberhäupter hoffen auf ein „Ende der Feindseligkeiten, die Freilassung der Gefangenen und die Versorgung der Unterdrückten“, um „ernsthafte diplomatische Gespräche aufzunehmen, die schließlich zu einem gerechten und dauerhaften Frieden hier in dem Land führen, in dem unser Herr Jesus Christus als Erster sein Kreuz für uns auf sich genommen hat“.
- Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Naher und Mittlerer Osten der Deutschen Bischofskonferenz, der ernannte Paderborner Erzbischof Udo Markus Bentz, bezeichnete die Katastrophe als „humanitär inakzeptable Situation“. Bentz machte sich darüber hinaus die Forderung aller Patriarchen und Kirchenoberhäupter in Jerusalem ausdrücklich zu eigen. (kna HG 07.03.2024)
- **Der Rektor des Österreichischen Hospizes in Jerusalem, Markus Bugnyar, befürchtet angesichts der aktuellen Entwicklungen im Nahen Osten zukünftig noch größere Schwierigkeiten für die dort lebenden Christen.** „Wenn sich westliche Staaten nicht sehr

bald ihrer Herkunft und ihres Wertefundamentes besinnen, wird es nicht nur für Christen hier in der Region zappenduster“, schrieb Bugnyar in einem Gastbeitrag für die deutsche Wochenzeitung „Tagespost“. Zwar sei die christliche Minderheit in der Region zu unbedeutend, als dass sich in Kriegszeiten die Mächtigen für deren Schicksal interessieren, konstatierte der gebürtige Wiener. Bereits vor Ausbruch des Gaza-Krieges hätten sich die Christen selbst organisieren und aufeinander achten müssen. So vertraue man auf Gebete aus der Ferne und darauf, dass geholfen werde, „wenn es Hilfe braucht“. „Emphatische Fürbitten, spärliche Palmsonntagskollekten und Kerzerl-Anzünden werden auf Dauer nicht reichen“. Der Priester der Diözese Eisenstadt, seit 2004 Rektor des Österreichischen Hospizes zur Heiligen Familie in Jerusalem, ging zudem auf den Angriff des Irans auf Israel am Wochenende ein. Der Nahe Osten stehe seit dem Raketenbeschuss am Scheideweg. Was sich bereits abzeichnete, wurde vom Regime in Teheran schlussendlich wahr gemacht. Dabei habe niemand auf den arabischen Straßen gejubelt, schilderte Bugnyar. „Selbst die Hamas legt am Tag danach ein neues – wiederum inakzeptables – Angebot für einen Geisel-Deal auf den Tisch, um Zeit zu gewinnen“. Auf der Strecke blieben erneut die Palästinenser. Für deren Schicksal interessiere sich allerdings „weder die altersschwache Riege in Ramallah, geschweige denn die Hamas, die neben den israelischen Geiseln auch ihre eigene Zivilbevölkerung als Schutzschild missbraucht“. (kna HG 18.04.2024)

3. Personen

- **Elisa Klapheck (61), Frankfurter Rabbinerin**, erhält für ihre Verdienste um die



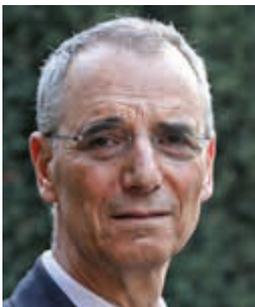
Gleichstellung von Mann und Frau den Marie-Juchacz-Frauenpreis 2024. Klapheck sei als Vorsitzende der Allgemeinen Rabbinerkonferenz (ARK) eine Pionierin, begründete die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) die Wahl. Klapheck steht seit 2023 als erste Frau an der Spitze der Rabbinerkonferenz, in der nichtorthodoxe Rabbinerinnen und Rabbiner organisiert sind. (kna HG 01.02.2024)

- **Rachel Salamander**, jüdische Literaturwissenschaftlerin, erhielt am 30. Januar, ihrem 75. Geburtstag, die diesjährige Moses-Mendelssohn-Medaille. Die jährlich verliehene Medaille geht an Persönlichkeiten, die „sich im Sinne und in der Tradition des Denkens des bedeutenden jüdischen Aufklärers für Toleranz und Völkerverständigung sowie gegen Fremdenfeindlichkeit engagieren“. (kna HG 01.02.2024)
- **Abraham Lehrer (69), Vorstand der Synagogen-Gemeinde Köln**, bleibt Präsident der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST). Die ZWST mit Sitz in Frankfurt am Main gehört zu den großen Wohlfahrtsverbänden. Sarah Singer (Berlin) und Michael Licht (Köln) teilen sich die Vizepräsidentschaft. Erneut in den Vorstand wurden ebenfalls Aleksander Chruga (Bochum), Mark Dainow (Offenbach), Kuf Kaufmann (Leipzig), Leo Latasch (Frankfurt), Michael Rubinstein (Stuttgart) und Barbara Traub (Stuttgart) gewählt. (kna HG 15.02.2024)
- **Ronald Stephen Lauder**, seit 2007 Präsident des Jüdischen Weltkongresses, wurde am 26. Februar 80 Jahre alt. Der in New York geborene Lauder entstammt einer jüdischen Unternehmerfamilie, der der Kosmetikerhersteller „Estée Lauder Inc“ gehört. Mit der im Jahr 1987 gegründeten Ronald S. Lauder Foundation finanziert er jüdische Schulen, Kindergärten und andere Bildungseinrichtungen vor allem in Osteuropa. Lauder ist Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes. (kna HG 29.02.2024)
- **Elisa Klapheck (61)**, Frankfurter Rabbinerin, hat in Mainz den Marie-Juchacz-Frauenpreis 2024 erhalten. Klapheck steht seit 2023 als erste Frau an der Spitze der Allgemeinen

Rabbinerkonferenz Deutschland, in der nicht-orthodoxe Rabbinerinnen und Rabbiner organisiert sind. Sie ist Rabbinerin in Frankfurt und Professorin für Jüdische Studien an der Universität Paderborn. (kna HG 14.03.2024)



Josef Schuster, Arzt und Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, wird am 20. März 70 Jahre alt. Schuster trat 1999 in das Präsidium des Zentralrats der Juden in Deutschland ein; von 2010 bis 2014 war er Vizepräsident und ist seitdem Präsident. 1998 übernahm er den Vorsitz der Israelitischen Kultusgemeinde in Würzburg und Unterfranken. Schuster ist unter anderem auch Vizepräsident des Jüdischen Weltkongresses. (kna HG 14.03.2024)



Michael Wolffsohn (76), Historiker und Autor, erhält den Großen Preis der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur. Dies geschehe „in Würdigung seines herausragenden Engagements in der Geschichtsvermittlung jüdisch-israelischer Themen“, so die Begründung. Der Preis wird Ende November verliehen. (kna HG 14.03.2024)



Oberrabbiner Pinchas Goldschmidt (60), Präsident der Europäischen Rabbinerkonferenz, und die jüdischen Gemeinschaften Europas werden mit dem diesjährigen Karlspreis der Stadt Aachen ausgezeichnet. Mit dem Preis solle Goldschmidts Wirken „für den Frieden, die Selbstbestimmung der Völker und die europäischen Werte, für Toleranz, Pluralismus und Verständigung“ gewürdigt werden, erklärte das Karlspreis-Direktorium. Der Preis wird am Donnerstag (Christi Himmelfahrt) in Aachen verliehen. (kna HG 02.05.2024)

- **Daniela Ludwig (48)**, Rosenheimer CSU-Bundestagsabgeordnete, ist von Unions-Fraktionschef Friedrich Merz (CDU) zur „Beauftragten für das jüdische Leben in Deutschland und für die Beziehungen zum Staat Israel“ ernannt worden. CDU und CSU im Bundestag wollen die Beziehungen zur jüdischen Gemeinschaft und zum Staat Israel ausbauen. Ludwig ist aktives Mitglied im Beirat des Vorstandes Freundeskreis Yad Vashem Deutschland. (kna HG 16.05.2024)
- **Eva Szepesi**, Holocaust-Überlebende, wird von der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main mit dem Ehrensiegel in Silber geehrt. Damit würdigt die Gemeinde „ihr unermüdliches und bewegendes Engagement als Zeitzeugin sowie für ihren langjährigen Einsatz für das jüdische Leben in Frankfurt“. Das Ehrensiegel soll im Herbst feierlich übergeben werden. (kna HG 16.05.2024)

- **Kai Diekmann (59)**, Vorsitzender des Freundeskreises Yad Vashem Deutschland, ist in Jerusalem symbolisch mit einem Yad-Vashem-Schlüssel geehrt worden. Der Vorsitzende der Gedenkstätte, Dani Dayan, lobte Diekmanns unermüdlichen Einsatz für das Gedenken an den Holocaust und die Mission von Yad Vashem. (kna HG 16.05.2024)
- **Philipp Peyman Engel**, Chefredakteur der „Jüdischen Allgemeinen“, wird mit dem Ricarda-Huch-Preis der Stadt Darmstadt ausgezeichnet. Er setze sich gegen Antisemitismus ein und engagiere sich für das jüdische Leben in Deutschland, erklärte Oberbürgermeister Hanno Benz (SPD). Seine Arbeit stehe im Einklang mit den Werten der Schriftstellerin Ricarda Huch (1864-1947): Humanität und Völkerverständigung. Die Verleihung des Preises ist für den 24. September geplant. (kna HG 30.05.2024)



Vivian Silver, ermordete israelische Friedensaktivistin (Foto auf einem Zeitschriftentitel), erhält den Hessischen Friedenspreis der Albert Osswald-Stiftung für das Jahr 2023. Das teilen Hessens Landtagspräsidentin Astrid Wallmann und der Kuratoriumsvorsitzende Karl Starzacher mit. Die kanadisch-israelische Staatsbürgerin Silver war beim Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober im Kibbuz Beeri getötet worden. Sie war eine der prominentesten Friedensaktivistinnen des Landes und plädierte für ein friedliches Zusammenleben von Israelis und Palästinensern. (kna HG 30.05.2024)



Margot Friedländer, Holocaust Überlebende, erhält die Mevlüde-Genc-Medaille des Landes Nordrhein-Westfalen. Die 102-Jährige habe auf vielfältige Weise und mit großem Engagement an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnert. Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) hat die Auszeichnung für besondere Verdienste im Kampf gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus am 4. Juni in Berlin überreicht. (kna HG 06.06.2024)

4. Bücher

- **Der Publizist Michel Friedmann beschreibt in eindrücklichen kurzen Texten seine Beobachtungen und Empfindungen seit dem Terror Angriff am 7. Oktober 2023.** Dieses Buch gibt auf sehr anschauliche Weise Einblicke in das, was viele jüdische Menschen zurzeit erfahren und empfinden. „Ich erlebe, dass die Verrohung, der enthemmte und verschämte gutbürgerliche Antisemitismus alltäglich werden... Wenn wir dem täglichen Rassismus und Antisemitismus nicht alle gemeinsam widersprechen, normalisieren wir ihn.“ Friedmann formuliert klar und pointiert, berührt das Herz und appelliert an den Verstand. **Michel Friedman, Judenhass – 7. Oktober 2023. Berlin Verlag, 2024.**

© kna-Hintergrund